



Faktenblatt 2

10. Juli 2014

Motion Fluri: Weiterhin Entsorgungsmonopol für grössten Teil des Gewerbekehrichts

Mit der Annahme der Motion Fluri durch das Parlament wurde die Motion Schmid aufgehoben, die eine Teilliberalisierung der Entsorgung von Gewerbekehricht bezweckte. Damit fällt der Kehricht aus Industrie- und Gewerbebetrieben mit bis zu 249 Vollzeitstellen unter das Entsorgungsmonopol der öffentlichen Hand.

2006 hatte alt Ständerat Carlo Schmid (CVP/AI) die Motion «Kein Transport- und Entsorgungsmonopol für Gewerbekehricht» (06.3085) eingereicht. Das Parlament nahm diese klar an und überwies sie an den Bundesrat. Die Motion verlangte, dass das Entsorgungsmonopol des Staates für Siedlungsabfälle aus Industrie und Gewerbe aufgehoben werden sollte.

Die Motion «Keine vollständige Liberalisierung des Abfallmarktes für Gewerbekehricht» (11.3137), die Nationalrat Kurt Fluri (FDP/SO), 2011 eingereicht hatte, ist als Gegenmotion zur Motion Schmid zu betrachten. Sie will sicherstellen, dass Siedlungsabfälle aus Klein- und Mittelbetrieben – das sind 99.6% aller gewerblichen Betriebe – weiterhin unter das Entsorgungsmonopol des Staates fallen. Der Nationalrat hat sie am 4. März 2013, der Ständerat am 20. März 2014 angenommen. Da sie später eingereicht wurde als die Motion Schmid, wird die Motion Fluri rechtskräftig.

Mit ihrer Annahme bleiben alle Betriebe ausser Grossunternehmen mit mehr als 249 Vollzeitstellen dem Entsorgungsmonopol der Gemeinden unterstellt. Sie können ihre nicht verwertbaren Abfälle nicht direkt bei den Kehrichtverbrennungsanlagen anliefern.

Die im Rahmen der Totalrevision der Technischen Verordnung über Abfälle (TVA) durchgeführte volkswirtschaftliche Beurteilung zeigt, dass eine Teilliberalisierung der Abfallentsorgung, wie sie die Motion Schmid verlangt hätte, einerseits tiefere Entsorgungspreise für Unternehmen mit mehr als 10 Vollzeitstellen sowie eine Steigerung der Recyclingmenge bewirken würde. Andererseits wären aber Mikrounternehmen und Privathaushalte mit bis zu 12 Prozent höheren Entsorgungsgebühren belastet worden.

Auskünfte

- Michael Hügi, Abteilung Abfall und Rohstoffe, BAFU, Tel. 058 462 93 16